

Sehr geehrte Damen und Herren,

im vergangenen Plenum stand vor allem die Kabinettsumbildung des Ministerpräsidenten, Christian Wulff, im Mittelpunkt. Mit der Benennung von vier neuen Ministern begann die Plenarwoche am vergangenen Dienstag. Astrid Grotelüschen (Landwirtschaft), Aygül Özkan (Soziales), Prof. Dr. Johanna Wanka (Wissenschaft) und Dr. Bernd Althusmann (Kultus) haben in den darauffolgenden Tagen bei Plenardebatten sowie bei der Beantwortung von Mündlichen Fragen auch gleich ihre inhaltlichen Vorstellungen präsentieren können.

Wie Sie wissen, ist die Sicherung der Hausärzteversorgung im ländlichen Raum für die FDP-Fraktion ein wichtiges Thema. Wir haben deshalb bei der Aktuellen Stunde unsere Sichtweise nochmals deutlich gemacht. Alle weiteren Themen finden Sie wie gewohnt in den folgenden Artikeln unserer Fachbereiche.

Wir wünschen Ihnen einen tollen Start in den Frühling.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Grascha MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

FDP-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Tel. (0511) 30 30 34 11
Fax (0511) 30 30 48 63

christian.grascha@lt.niedersachsen.de
www.fdp-fraktion-nds.de

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines/Personalien	
2. Soziales, Familie, Frauen, Gesundheit und Integration	
2.1 Ärztliche Versorgung auf dem Land weiter sichern	3
2.2 Kinder vor Missbrauch schützen – Hilfsangebote für therapiewillige Pädophile in Niedersachsen.....	3
3. Haushalt und Finanzen; Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	
3.1 Erbbaurecht	4
4. Innen-, Rechts- und Sportpolitik	
4.1 Extremismus in Niedersachsen.....	5
4.2 Bleiberecht.....	5
4.3 Betreuung der niedersächsischen Polizeibeamtinnen und –beamten im Auslandseinsatz in Afghanistan	6
4.4 Sport in Niedersachsen	6
5. Agrar und Umwelt	
5.1 EU-Agrarpolitik	7
5.2 Erneuerbare Energien	7
5.3 Naturschutz stärken	8
6. Bildung, Wissenschaft und Kultur	
6.1 Niedersachsens Berufsschülern eine europäische Perspektive aufzeigen	9
6.2 Bologna-Prozess weiter entwickeln	10

1. Allgemeines / Personalien

Ansprechpartnerin: Bianca Beyer, Telefon 0511 3030-4308



1.1 Allgemeines/Personalien:

Wir freuen uns über die Verstärkung unseres Teams. Nachdem unser bisheriger Sozialreferent Thomas Franzkewitsch ins Bundesministerium für Gesundheit nach Berlin gewechselt ist, konnten wir mit Nadine Passenheim eine Juristin als neue Referentin für die Bereiche Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration gewinnen. Der Fachbereich Integration ist durch den entsprechenden Wechsel in den Ministerien ab sofort auch in der Landtagsfraktion nicht mehr im Innenbereich sondern im Sozialbereich angesiedelt.

Frau Passenheim hat bereits Berufserfahrung im Bereich des Arbeitsrechts bei einem entsprechenden Fachanwalt gesammelt. Sie erreichen Sie unter der Durchwahl 4306 oder unter nadine.passenheim@lt.niedersachsen.de

2. Soziales, Familie, Frauen, Gesundheit und Integration

Wissenschaftliche Fachreferentin: Nadine Passenheim; Telefon 0511 3030-4306



2.1 Ärztliche Versorgung auf dem Land weiter sichern

Als Thema der Aktuellen Stunde wurde die Zukunft der ärztlichen Versorgung auf dem Land von der FDP-Fraktion eingebracht.

Derzeit gibt es in Niedersachsen 5.271 Hausärzte, von denen jedoch 1.055 älter als 60 Jahre alt sind (Stand: 31.12.2008). Einer aktuellen Erhebung der kassenärztlichen Vereinigung zufolge liegt der Versorgungsgrad in allen Bereichen in Niedersachsen über 80 %, in vielen Gebieten sogar deutlich über 100 %. Wenngleich der Versorgungsgrad im Lande unterschiedlich ist, eine Unterversorgung liegt erst bei Werten unterhalb von 75 % vor. Allerdings ist es bereits jetzt in Teilen des ländlichen Raumes schwieriger, neue Mediziner zur Niederlassung zu bewegen.

Die Zahlen geben Anlass zur Aufmerksamkeit, jedoch nicht zu Panik. Um dem drohenden Landarztmangel entgegenzuwirken, sind eine ganze Reihe von Maßnahmen möglich und nötig. Diese gilt es nun auszuwerten. Unter anderem müssen die Rahmenbedingungen des Medizinberufs wieder so gestaltet werden, dass Ärztinnen und Ärzte wieder Freude an ihrem Beruf haben. Dazu gehören u. a. familienfreundlichere Arbeitsbedingungen, Abbau von Bürokratie sowie leistungsgerechte und transparente Vergütung.

Im Vordergrund steht allerdings, dass die Menschen in Niedersachsen auch zukünftig bestmöglich und wohnortnah medizinisch versorgt werden. Hierzu bedarf es des fortgesetzten Zusammenwirkens aller Verantwortlichen – das sind zum einen die Kassenärztlichen Vereinigungen, aber auch die Mediziner selbst, die Universitäten, die Kommunen vor Ort, die Krankenkassen, Verbände, Ärztekammer und Krankenhausgesellschaften.

2.2 Kinder vor Missbrauch schützen – Hilfsangebote für therapiewillige Pädophile in Niedersachsen

Kindesmissbrauch stellt eine schwerwiegende Verletzung der Menschenwürde dar, denn die Opfer sind Kinder, die der Situation hilflos ausgeliefert sind. Im Jahr 2005 wurde unter Prof. Dr. Beier das Präventionsprojekt „Kein Täter werden“ an der Berliner Charité eingeführt. Das Projekt wendet sich an Menschen mit pädophiler Neigung. Zu diesem Thema hat der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion eine Kleine Anfrage gestellt. Die Landesregierung wird um Auskunft gebeten, ob es solche Präventionsprojekte auch in Niedersachsen gibt bzw. wie die Landesregierung einer Einführung eines solchen Projekts gegenübersteht. Die Antwort steht noch aus.

3. Haushalt und Finanzen Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wissenschaftlicher Fachreferent: Fabian Fischer: Telefon 0511 3030-4305



3.1 Erbbaurecht

Am 28. April 2010 beschloss der Niedersächsische Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag „Erbbaurechte sozial und vorhersehbar gestalten“.

Hintergrund dieses Antrages ist, dass bei einer Anzahl von Erbbaurechtsverträgen in Niedersachsen von der Klosterkammer Hannover Zinserhöhungen vorgenommen wurden, die zu einer öffentlichen Diskussion geführt haben. Dieses war bei auslaufenden Altverträgen sowie den in laufenden Verträgen vorzunehmenden Erbbauzinsanpassungen durch schematische Anpassung der Fall.

Aus diesem Grund setzten sich die genannten Fraktionen mit ihrem Antrag dafür ein, falls es aufgrund einer Erhöhung zu einer wirtschaftlichen Notlage eines Erbbaurechtsnehmers kommt, eine möglichst verträgliche Lösungen zu finden – wobei allerdings auch festgestellt wurde, dass die haushaltswirtschaftlichen Vorgaben der Klosterkammer nicht verwässert werden sollen.

Zu diesem Zweck wird die Landesregierung unter anderem gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Klosterkammer in Fällen sozialer Härte die Möglichkeiten prüft, Grundstücke zu teilen, den höchstmöglichen Erschließungskostenabschlag zu berücksichtigen sowie das Haus des Erbbaurechtsnehmers zu entschädigen und eine Weitervermietung an den ehemaligen Erbbaurechtsnehmer zu ermöglichen. Auch soll bei Wertanpassungen nicht mehr nur der Verbraucherpreisindex herangezogen werden, sondern auch die Entwicklung der Einkommen.

Zudem werden die niedersächsischen Städte und Gemeinden gebeten, bei der Ausweisung von Baulandflächen auf einen gesunden Eigentümermix zu achten, um so sicherzustellen, dass keine Monopolstellung auf der Seite der Grundstückseigentümer entstehen kann.

4. Innen-, Rechts- und Sportpolitik

Wissenschaftliche Fachreferentin: Nadine Seggebrock; Telefon 0511 3030-4314



4.1 Extremismus in Niedersachsen

Der Landtag hat sich in der letzten Plenarsitzung mit der Großen Anfrage zum Thema „Extremismus in Niedersachsen“ befasst, die gemeinsam von den Fraktionen der FDP und CDU gestellt wurde. Die Anfrage behandelte die Bereiche Rechtsextremismus, Linksextremismus und Ausländerextremismus. In der Plenarsitzung unterrichtete die Landesregierung die Mitglieder des Landtages über die Entwicklung des Extremismus in Niedersachsen. Hierbei wurde deutlich, dass der Ausländerextremismus, insbesondere der islamische Terrorismus weiterhin eine hohe Gefahr darstellt. Vor allem junge Muslime werden von den militantesten Ausprägungen immer mehr angezogen. Diese islamistisch-terroristischen Netzwerke versuchen zunehmend eine Radikalisierung herbeizuführen, um sie für ihre Absichten zu gewinnen. Diese Radikalisierung kann zu einem Abrutschen in den Islamismus führen und die Bereitschaft hervorrufen, im Rahmen des Jihad auch Anschläge zu begehen.

Beim Rechtsextremismus wurde darauf hingewiesen, dass die Rechtsextremen zunehmend das Internet nutzen, um vor allem Jugendliche für ihre Ideen zu gewinnen. Die Landesregierung machte deutlich, dass sie schon seit einigen Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Prävention durchführt, die auch die neuen Gefahren durch das Internet mit einschließen. So werden in erster Linie die Multiplikatoren wie Lehrer und Betreuer in Bezug auf rechtsextremistische Internetstrategien geschult. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus bleibt weiterhin eine der vorrangigen Aufgaben der Landesregierung.

Für den Bereich des Linksextremismus wurde durch die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage deutlich, dass ein steigendes Gewaltpotenzial von der linksextremistischen Szene ausgeht. Dabei werden auch immer mehr Polizisten gezielt angegriffen. Hinzu kommt, dass mittlerweile die Rechtsextremen das szenetypische Verhalten ihrer linken Gegner übernehmen und es dadurch zu einer Erhöhung von Links-Rechts-Konfrontationen kommt.

Die Große Anfrage zum „Extremismus in Niedersachsen“ stellte klar, dass es in Niedersachsen weiterhin eine hohe Gefahr aus allen Bereichen des Extremismus gibt. Jan-Christoph Oetjen, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, machte in seiner Rede im Landtag deutlich, dass es die Aufgabe aller demokratischen Parteien sein muss, diesem entgegen zu wirken und jegliche extremistische Bestrebungen zu bekämpfen.

4.2 Bleiberecht

Im vergangenen Plenum wurde aufgrund eines Änderungsvorschlags der Fraktionen der FDP und der CDU beschlossen, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen soll, dass es zu einer nachhaltigen Neuregelung kommt. Dabei macht der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Jan-Christoph-Oetjen während seiner Rede im Plenum deutlich, dass insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, die in Deutschland geboren, gut integriert sind und eine positive Zukunftsprognose besitzen, eine Bleibeperspektive erhalten sollten, die gesetzlich festgeschrieben ist. Zudem merkte Jan-Christoph Oetjen an, dass im Bezug auf die Altfallregelung beobachtet werden muss, ob sich diese Regelung mit Blick auf die Lebensunterhaltssicherung in der Praxis auch tatsächlich bewährt hat oder ob hier Nachbesserungsbedarf besteht.

4. Innen-, Rechts- und Sportpolitik

Wissenschaftliche Fachreferentin: Nadine Seggebrock; Telefon 0511 3030-4314



4.3 Betreuung der niedersächsischen Polizeibeamtinnen und –beamten im Auslandseinsatz in Afghanistan

Die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat eine Mündliche Anfrage zu der Betreuung der niedersächsischen Polizeibeamtinnen und –beamten in Afghanistan gestellt. Hierbei ging es der FDP-Fraktion um Informationen zu der Vorbereitung und den Betreuungsangeboten vor Ort. Weiterhin sollte die Landesregierung die Frage der Hilfsangeboten nach der Rückkehr aus dem Einsatz beantworten. In ihrer Antwort auf die Mündliche Anfrage betonte die Landesregierung nochmals die Wichtigkeit der Beteiligung von Polizeibeamtinnen und –beamten an der Friedensmission in Afghanistan und sprach ihren Dank und die Anerkennung aus. Die Landesregierung betonte, dass der Schlüssel für eine dauerhafte Sicherheit in Afghanistan in einem konzentrierten Aufbau des afghanischen Polizei- und Sicherheitssektors liegt. Die missionsspezifische Vorbereitung auf den Einsatz in Afghanistan erfolgt umfassend und auf einem hohen Niveau. Vor Ort findet dann eine der Situation angemessene Betreuung und Begleitung statt. Dem besonderen Fürsorgegedanken bei polizeilichen Auslandseinsätzen Rechnung tragend, ist in der niedersächsischen Polizei ein systematisches Betreuungsnetzwerk installiert. Nach dem Missionsende wird durch die niedersächsische Betreuungsarbeit neben vertraulichen Einzelgesprächen auch Unterstützung bei der Reintegration in den Dienstalltag und soweit gewünscht in den privaten Alltag angeboten. Die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag betont die Wichtigkeit der angemessenen Fürsorge und umfangreichen Betreuung für die niedersächsischen Polizeibeamtinnen und –beamten und wird dieses auch weiterhin unterstützen. Zudem gelten die ausdrückliche Anerkennung und der Dank den Polizeibeamtinnen und –beamten, die sich einer solch schweren Herausforderung stellen.

4.4 Sport in Niedersachsen

Sport ist ein wichtiger Bestandteil des täglichen Lebens und nimmt einen immensen Stellenwert in der Gesellschaft ein. Die zentrale gesellschaftliche Rolle des Sports wurde von den Fraktionen der CDU und FDP in der vergangenen Plenarsitzung herausgestellt. Die Fraktionen zeigten auf, dass derzeit über 2,8 Millionen Bürger in rund 9.600 Sportvereinen in Niedersachsen tätig sind. Der sportpolitische Sprecher der FDP, Hans-Werner Schwarz, sprach sich für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Sportverbänden aus. Schwarz wies darauf hin, dass Sport nicht nur der gesundheitlichen Vorsorge und Rehabilitation von Krankheiten dient. Sport hat auch eine starke Integrationsfunktion. Sport bringt unterschiedliche Kulturen zusammen und lässt Kinder und Jugendliche spielerisch soziale Kompetenz erlernen. Bürger mit Migrationshintergrund finden sich in sportlichen Aktivitäten wieder. Die Fortentwicklung von entsprechenden Integrationsmaßnahmen ist daher wichtiger Bestandteil der niedersächsischen Sportpolitik. Hierfür stellt die Landesregierung jährlich 500.000 Euro zur Verfügung. Sport treiben erweitert zudem den Horizont: Man lernt Regeln zu akzeptieren, Erfolge zu genießen und Niederlagen zu verarbeiten. Schließlich betonte Schwarz, dass Sport auch eine regionalwirtschaftliche Bedeutung hat und beispielsweise Städte mit einem Bundesligaverein einen enormen Standortvorteil aufweisen. Das Gleiche gilt auch für dezentrale Sportveranstaltungen, bei denen behinderte Menschen das Deutsche Sportabzeichen ablegen können. Ebenso leisten Sportveranstaltungen, wie die Biathlon Meisterschaften im Harz einen wichtigen Beitrag zur Tourismuswirtschaft in den Kommunen. Allein aus den genannten Veranstaltungen ziehen Kommunen einen regionalwirtschaftlichen Gewinn. Diese Standortvorteile müssen weiterhin genutzt und ausgebaut werden, da hierdurch Arbeitsplätze geschaffen werden. Die FDP erkennt den starken sozialen und gesundheitlichen Stellenwert des Sports ausdrücklich an und setzt sich dafür ein, dass auch künftig weitere Anstrengungen unternommen werden, um Potenziale aus der Kombination Sport und Politik voll auszuschöpfen.

5. Agrar und Umwelt

Wissenschaftlicher Fachreferent: Axel Rehwinkel; Telefon 0511 3030-4312



5.1 EU-Agrarpolitik

Die Gemeinsame Agrarplanung (GAP) der EU nach 2013 war Beratungsgestand im April-Plenum im niedersächsischen Landtag. Auf Ebene der EU sind die ersten Vorstellungen formuliert und vorbesprochen, die ersten Anhörungen auf Bundes- und Landesebene sind abgeschlossen und die Agrarministerkonferenz befasste sich in Plön mit der GAP 2013. In einer Entschließung haben deshalb FDP und CDU im Niedersächsischen Landtag ihre Vorstellungen zur GAP zusammengeführt und die Landesregierung gebeten, diese aktiv bei der Bundesregierung einzubringen. Aus Sicht des FDP-Agrarexperten Jan-Christoph Oetjen muss der Mittelpunkt der künftigen EU-Agrarpolitik die unternehmerische Landwirtschaft sein. Der weitere Abbau von Marktsteuerungsinstrumenten, der Erhalt des bewährten Zwei-Säulen-Modells als Baustein einer planbaren Agrarpolitik und die Ablehnung einer jährlichen Mittelumschichtung sind wesentliche Merkmale unserer Entschließung. Der Erhalt der entkoppelten Direktzahlungen im bisherigen Umfang war bei der Formulierung der Entschließung ein besonderes Anliegen von Jan-Christoph Oetjen, werden hierdurch doch die ökologischen und sozialen Leistungen der Landwirtschaft honoriert. Almuth von Below-Neufeldt, wissenschaftspolitische Sprecherin, setzte sich bei der Formulierung der Entschließung für die Stärkung und den Ausbau der Agrarforschung, im Sinne der Sicherung der Nahrungsmittelproduktion und der Ressourceneffizienz, ein.

5.2 Erneuerbare Energien

In der Aktuellen Stunde wurde, auf Antrag der CDU, das Thema Erneuerbare Energien thematisiert. Gero Hocker nutzte die Gelegenheit um auf den Start des Offshore-Windparks „Alpha Ventus“ und den Bedeutungszuwachs der Erneuerbaren Energien insgesamt hinzuweisen. Niedersachsen hat einen Anteil von 22 % erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch und liegt damit im Spitzenfeld der Bundesländer. Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien bedingt allerdings auch die Anpassung des Leitungsnetzes an die geänderten Bedingungen. Gero Hocker führte dazu aus, dass in Deutschland z.B. 850 zusätzliche Leitungen, davon in Niedersachsen voraussichtlich über 400, neu zu bauen sind. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird zu Veränderungen, vornehmlich im Landschaftsbild, führen und auch nachteilige Auswirkungen auf die Tierwelt haben. Augenfällig ist hier das ambivalente Verhalten der Opposition, die inzwischen gegen jede Art der Energieerzeugung Einwände und Bedenken hat und nicht an einer Lösung für eine nachhaltige, klimafreundliche und bezahlbare Versorgung interessiert zu sein scheint. Verantwortungsvolle Energiepolitik sollte Antworten für die Zukunft eines Industrielandes liefern. Deshalb wird auch von uns mit Spannung das neue Energiekonzept der Bundesregierung, die Novelle des Erneuerbaren Energie Gesetzes (EEG) 2012 und die Verbesserung der Rahmenbedingungen bei Biogas erwartet.

5. Agrar und Umwelt

Wissenschaftlicher Fachreferent: Axel Rehwinkel; Telefon 0511 3030-4312



5.3 Naturschutz stärken

Die Koalitionsvereinbarung zwischen FDP, CDU und CSU auf Bundesebene enthält eine Zusage, nach der den Bundesländern die Kompetenz gegeben werden soll, beim Ausgleich von Eingriffen in die Natur das Ersatzgeld mit anderen Kompensationsmaßnahmen gleichzustellen. Dies ist bislang nicht erfolgt. Die Fraktionen der CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag nahmen dies zum Anlass, die Landesregierung zu bitten, sich für die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes einzusetzen.

In Niedersachsen ist das Ersatzgeld bereits jetzt ein adäquates Mittel, um Eingriffe in die Natur zu kompensieren. Bisher kann das Ersatzgeld allerdings erst dann eingesetzt werden, wenn ein Ausgleich der Beeinträchtigung nicht möglich ist. In diesem Sinn wird das Ersatzgeld in Niedersachsen bereits seit Jahren erfolgreich genutzt: So konnten mit den Einnahmen aus dem Ersatzgeld bereits zahlreiche erfolgreiche Naturschutzprojekte durchgeführt und der Zustand von Natur und Landschaft verbessert werden.

Vor diesem Hintergrund hat sich der umweltpolitische Sprecher Gero Hocker für den qualitativ und quantitativ höheren Umweltschutz ausgesprochen, der vor allem durch die Einnahmen des Ersatzgeldes verbessert werden soll. Er wies darauf hin, dass die Naturschutzbehörden das Ersatzgeld lediglich für Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Natur einsetzen dürfen. Hierdurch sollen größere ökologische Refugien von hoher Wertigkeit wie zum Beispiel Biotopverbundsysteme geschaffen werden. Darüber hinaus legte Hocker dar, dass durch die Gleichstellung von Ersatzgeldzahlungen und Kompensationsmaßnahmen Unternehmen in Niedersachsen gestärkt und neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Schließlich würden die Länder mit der Regelung im Koalitionsvertrag die Möglichkeit zur Entbürokratisierung, Deregulierung sowie der Beschleunigung von Zulassungsverfahren erhalten.

6. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Wissenschaftlicher Fachreferent: Patrick Schlupp; Telefon 0511 3030-4313



6.1 Niedersachsens Berufsschülern eine europäische Perspektive aufzeigen

Der Niedersächsische Landtag hat sich in seiner Sitzung vom 30. April 2010 in erster Beratung mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen zu den Perspektiven niedersächsischer Berufsschülerinnen und Berufsschüler auf dem europäischen Arbeitsmarkt befasst. Zentrales Anliegen des Antrages ist es, vor dem Hintergrund der Europawoche in der ersten Maiwoche und insbesondere des EU-Projekttag am 3. Mai an niedersächsischen Schulen auf die bemerkenswerte europäische Komponente im Kurrikulum der 81 Europaschulen in Niedersachsen aufmerksam zu machen.

Aus liberaler Sicht ist die Vermittlung interkultureller Kompetenz von entscheidender Bedeutung, um die Schülerinnen und Schüler fit für den europäischen Arbeitsmarkt zu machen. Hierbei geht es zunächst um die Vermittlung von Wissen über die Europäische Union (EU). Ein weiterer Aspekt, der für die 17 Berufsbildenden Schulen (BBS) unter den 81 niedersächsischen Europaschulen in besonderem Maße gilt, ist es, Auszubildenden, betrieblichen Ausbildern sowie Lehrkräften Lernabschnitte im europäischen Ausland zu ermöglichen. Auch im Rahmen der „Dualen Ausbildung“ ist die Vermittlung dieser interkulturellen Kompetenzen zwingend erforderlich.

Damit die im Ausland erbrachten Leistungen auch den späteren Berufseinstieg der Berufsschülerinnen und Berufsschüler erleichtern, ist es zunächst wichtig, dass sie dokumentiert werden. Eine solche Erfassung und Dokumentation von Leistungen findet bereits heute erfolgreich mit dem Europass Mobilität an einigen Berufsbildenden Schulen statt. Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP fordern daher in ihrem Antrag, dieses Projekt landesweit auszudehnen. Weitere Forderung des Antrages ist einerseits die Einführung von Zusatzqualifikationen wie Europakauffrau/ -mann oder Europaassistentin/ -assistent im Handwerk. Andererseits sollte der Titel „Europaschule“ nach unserem Dafürhalten lediglich befristet vergeben und im Rahmen einer Evaluierung geprüft werden. Denn nur so kann sichergestellt werden, dass die BBS mit europäischer Ausrichtung durch ihre Arbeit, ihr Angebot sowie ihr Engagement die niedersächsischen Berufsschülerinnen und Berufsschüler erfolgreich auf den europäischen Arbeitsmarkt vorbereiten.

6. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Wissenschaftlicher Fachreferent: Patrick Schlupp; Telefon 0511 3030-4313



6.2 Bologna-Prozess weiter entwickeln

Am 27. April hat der Landtag den Antrag der Fraktionen der CDU und FDP zur „Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses gemeinsam mit den Hochschulen“ angenommen.

Hintergrund: Die Bologna-Erklärung wurde 1999 von Deutschland und 45 anderen Staaten unterzeichnet. Hauptziel war es, so genannte zweistufige Studienabschlüsse (Bachelor und Master) einzuführen und hierdurch einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Durch eine ähnliche Struktur der Studiengänge sollten Abschlüsse im In- und Ausland besser miteinander verglichen und ihre Anerkennung in allen europäischen Mitgliedsstaaten vereinfacht werden. Mit der Einführung des Bachelor sollten die Studierenden besser und schneller auf den Berufseinstieg vorbereitet und ihre Mobilität erhöht werden.

In den letzten Jahren wurde an der Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses gearbeitet. Vor diesem Hintergrund begrüßt die wissenschaftliche Sprecherin der FDP-Fraktion, Almuth von Below-Neufeldt den aktuell vorliegenden 10-Punkte-Plan der Kultusministerkonferenz, mit dem der gemeinsame Europäische Hochschulraum vollendet werden soll. Von Below-Neufeldt macht deutlich, dass der Weg dorthin nicht einfach sein wird. Dennoch hält die FDP an einem verstärkten Dialog mit den Studierenden, Vertretern der Universitäten und Arbeitgebern fest.

Niedersachsen nimmt bereits jetzt bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses eine Vorreiterrolle ein: Schon 96 Prozent der Studiengänge an Fachhochschulen haben auf die Bachelor- und Masterabschlüsse umgestellt. Diese Umstellung hat zu verbesserten Studienbedingungen geführt und verkürzte Studienzeiten mit sich gebracht. Um den Bologna-Prozess weiter voran zu treiben, will sich die FDP verstärkt für die verbesserte „Studierbarkeit“ der Studiengänge einsetzen, die Prüfungslast der Studenten senken. Weitere Ziele sind sich für mehr Qualität in der Lehre einzusetzen und die Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu sichern, damit die mit dem Bolognaprozess gewollte Mobilität gegeben ist. Die FDP setzt sich zudem dafür ein, die Spitzenposition Niedersachsens weiter auszubauen und gewisse Korrekturen der „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen“ vorzunehmen.